



Innen- und Rechtsausschuss  
Die Vorsitzende

Kiel, 22. Juni 2020  
Landeshaus  
Tel. (0431) 988 1143  
(0431) 988 1152  
Fax (0431) 988 610 1180  
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

## Kurzb e r i c h t

über die 87. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses**

am Freitag, dem 19. Juni 2020,  
im Anschluss an die Nachmittagssitzung des Landtags (circa 16:00 Uhr)  
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Beginn: 16:15 Uhr

**1. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung polizei- und ordnungsrechtlicher Vorschriften im Landesverwaltungsgesetz (LVwGPORÄndG)**

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 19/2118](#)

Der Ausschuss beschloss die Durchführung einer schriftlichen Anhörung zum Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 19/2118 (Benennung der Anzuhörenden bis 29. Juni 2020).

Abg. Schaffer erklärte, dass seine Fraktion die Gesetzentwürfe Drucksache 19/458 und Drucksache 19/1000 angesichts des vorliegenden Gesetzentwurfs der Landesregierung zurückziehe.

**2. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Gleichstellung der Frauen im öffentlichen Dienst (Gleichstellungsgesetz - GstG)**

Gesetzentwurf der Fraktion der AfD

[Drucksache 19/2075](#)

Der Antrag des Abg. Schaffer auf Durchführung einer schriftlichen Anhörung wurde gegen seine Stimme abgelehnt. Sodann schloss der Ausschuss die Beratung des Gesetzentwurfs ab und empfahl dem Landtag mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW gegen die Stimme der AfD den Gesetzentwurf, Drucksache 19/2075, zur Ablehnung.

**3. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 19/2156](#)

Der Ausschuss beschloss die Durchführung einer schriftlichen Anhörung (Benennung der Anzuhörenden bis 29. Juni 2020).

**4. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesaufnahmegesetzes und des Gesetzes zur Ausführung des Asylbewerberleistungsgesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 19/2157](#)

Der Ausschuss beschloss die Durchführung einer schriftlichen Anhörung (Benennung der Anzuhörenden bis 29. Juni 2020).

**5. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung vermessungsrechtlicher Vorschriften**

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 19/2193](#)

Der Ausschuss beschloss die Durchführung einer schriftlichen Anhörung (Benennung der Anzuhörenden bis 29. Juni 2020).

**6. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften**

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 19/2243](#)

Der Ausschuss beschloss die Durchführung einer schriftlichen Anhörung (Benennung der Anzuhörenden bis 29. Juni 2020). Er nahm in Aussicht, dem Landtag zum August-Plenum eine Beschlussempfehlung zuzuleiten.

**7. Verfassungsschutzbericht 2019**

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 19/2158](#) (neu)

Der Ausschuss kam überein, den Bericht in einer der nächsten Sitzungen mit Vertretern der Landesregierung zu beraten.

**8. Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zur Modernisierung der Medienordnung in Deutschland**

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 19/2177](#)

Der Ausschuss kam überein, die Vorlage in einer der nächsten Sitzungen mit der Staatskanzlei zu beraten, um dem Landtag zum August-Plenum eine Beschlussempfehlung zuleiten zu können.

**9. Bekenntnis zum 8. Mai als nationaler Gedenktag**

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 19/2172 \(neu - 2. Fassung\)](#)

Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt, da der Antrag nicht überwiesen wurde.

**10. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesplanungsgesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 19/1952](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Umdruck 19/4199](#)

Der Ausschuss kam überein, den Änderungsantrag, Umdruck 19/4199, den zu benennenden Anzuhörenden für die mündliche Anhörung am 12. August 2020 zur Verfügung zu stellen.

**11. Verschiedenes**

Die Vorsitzende wie auf ein Schreiben der Beauftragten für die Landespolizei an den Ausschuss mit der Anregung einer Überarbeitung des Dienstunfallrechts (Umdruck 19/4145) hin.

Schluss: 16:30 Uhr

gez. Dr. Sebastian Galka